STIFTUNG TOPOGRAPHIE DES TERRORS NR 203 9/2021

Gedenkstätten Rundbrief

Die ersten Konzentrationslager in Baden-Württemberg

EINE BESTANDSAUFNAHME

Marc Ryszkowski

Das Forschungsprojekt

Die Vorstellung von einem nationalsozialistischen Konzentrationslager (KZ) im öffentlichen Bewusstsein ist geprägt vom Bild der großen Arbeits- und Vernichtungslager der 1940er-Jahre. Parallel zur historischen Beschäftigung mit diesen Tatorten sind die baulichen Zeugnisse der »Lagerarchitektur« schon seit längerem ein Objekt denkmalpflegerischer Theorie und Praxis geworden und der angemessene konservatorische Umgang mit den materiellen Zeugnissen steht nach wie vor im Zentrum eines intensiven Diskurses.

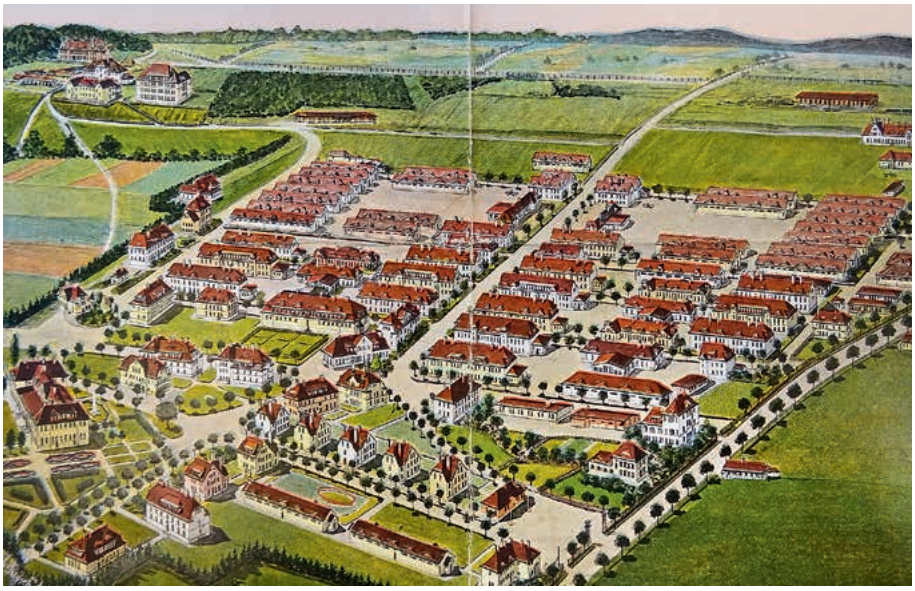
Die Gruppe der frühen nationalsozialistischen Konzentrationslager hat mit diesem Bild im Allgemeinen nur wenig gemeinsam. Unter den Aspekten der Organisation, Verantwortlichkeit und dem Zweck der Errichtung unterscheiden sie sich größtenteils von den späteren Lagern. Als historisches Phänomen und unter besonderer Berücksichtigung der einzelnen Häftlingsschicksale wurden auch die frühen Konzentrationslager bundesweit in den letzten Jahrzehnten erforscht und aufgearbeitet. Sie stehen heute teilweise im Zentrum einer intensiven Vermittlungs- und Bildungsarbeit. Ungeachtet dessen fand in diesem Zusammenhang bisher keine objektübergreifende Erfassung und Erforschung der tatsächlichen Bestandssituation statt.

Die frühen Lager der Jahre 1933 bis 1935 konstituieren sich reichsweit in der Mehrzahl durch den Rückgriff auf zum Teil parallel zu einem anderen Zweck genutzte Bestandsgebäude. Die Phase der Lagernutzung zeichnet sich als vergleichsweise dünne Zeitschicht in einem vielschichtigen Denkmalkontext ab. Gerade darin liegt eine der Herausforderungen des auf zwei Jahre angesetzten Projektes des Landesamts für Denkmalpflege Baden-Württemberg (LAD) zur Erforschung der Bestandssituation der frühen Konzentrationslager in Baden und Württemberg, das Anfang 2020 angelaufen ist.

Das Forschungsprojekt beschäftigt sich ausgehend von der quellenbasierten Rekonstruktion der räumlichen Organisation innerhalb der Einzelbeispiele und ihrer baulichen Veränderungsgeschichte mit den Fragen, welche Spuren des Konzentrationslagers sich im aktuellen Bestand erhalten haben und welcher Anteil ihnen an der Denkmalbedeutung des Objekts in Zukunft zukommen muss.

Die Situation in Baden und Württemberg

Die ersten Konzentrationslager in den Ländern Baden und Württemberg waren keine »wilden Lager«, sondern Einrichtungen in der Verantwortlichkeit des jeweiligen Innenministeriums, das die zu verwendenden Gebäude in der Regel anmieten musste. Im Betrachtungszeitrum zwischen 1933 und 1935 wurden in Baden zwei und in Württemberg drei nationalsozialistische Konzentrationslager durch das jeweilige Innenministerium betrieben. In allen Fällen sind die verwendeten Gebäude als solche bis heute erhalten geblieben. Die Gruppe der zu untersuchenden Objekte umfasst das Fort Oberer Kuhberg als Teil der Bundesfestung Ulm, die kaiserzeitlichen Kasernengebäude des



Das Lager Heuberg um 1914 (Farblithographie) Quelle: Kreisarchiv Sigmaringen, KAS-VI-1-Ste-56

Lagers Heuberg bei Stetten am kalten Markt, Räumlichkeiten des ehemaligen Klosters Gotteszell in Schwäbisch Gmünd und des ehemaligen Fürstbischöflichen Schlosses Kislau sowie das Hofgut Ankenbuck, die einzige realisierte Arbeiterkolonie im Großherzogtum Baden.

Während ein Teil des Forts Oberer Kuhberg als KZ-Gedenkstätte genutzt wird, handelt es sich bei Kislau und Gotteszell um Justizvollzugsanstalten. Das Lager Heuberg ist Teil des Bundeswehr-Truppenübungsplatzes Heuberg und das Hofgut Ankenbuck befindet sich in Privatbesitz. Es liegt auf der Hand, dass sich die aktuelle Nutzung auch auf die Zugänglichkeit und den Umfang der Untersuchungen auswirkt. Glücklicherweise fanden sich seitens der jeweils Verantwortlichen zahlreiche Unterstützer des Forschungsprojektes, die eine Begutachtung der historischen Gebäude und Räumlichkeiten ermöglichten. In den vergangenen Monaten konnte somit für alle Objekte die räumliche Situation des jeweiligen KZ auf Grundlage der einschlägigen Archivalien rekonstruiert und mit dem aktuellen Baubestand abgeglichen werden. Schon die exakte räumliche Zuordnung stellt ein erstes wichtiges Zwischenergebnis des Forschungsprojektes dar. An einzelnen Befunden zu den frühen württembergischen Lagern Heuberg und Oberer Kuhberg lässt sich exemplarisch darstellen, was der historische Bestandsbegriff in diesem Fall beinhalten kann und welche historischen Schlüsse die materiellen Spuren im Einzelnen zulassen.

Der Heuberg – das erste württembergische Konzentrationslager

Die für das Forschungsprojekt relevanten Gebäude des Lagers Heuberg sind kein Kulturdenkmal im Sinne des Denkmalschutzgesetzes, als Liegenschaft der Bundeswehr handelt es sich außerdem um einen militärischen Sicherheitsbereich. Die Untersuchung der Gebäude erfolgte in Zusammenarbeit mit dem Leiter der militärhistorischen Sammlung Stetten am kalten Markt, Oberleutnant a.D. Marcus Klotz, der das Forschungsprojekt von Beginn an unterstützt und den Zugang ermöglichte.

Um die Wende zum 20. Jahrhundert für das XIV. Badische Armeekorps errichtet, ging

Heuberg: Gebäude 23 im aktuellen Zustand
Foto: Marc Ryszkowski, (LAD), 10. 2020

der Truppenübungsplatz auf dem Heuberg bei Stetten a. k. M. nach dem Ersten Weltkrieg in württembergische Verwaltung über.

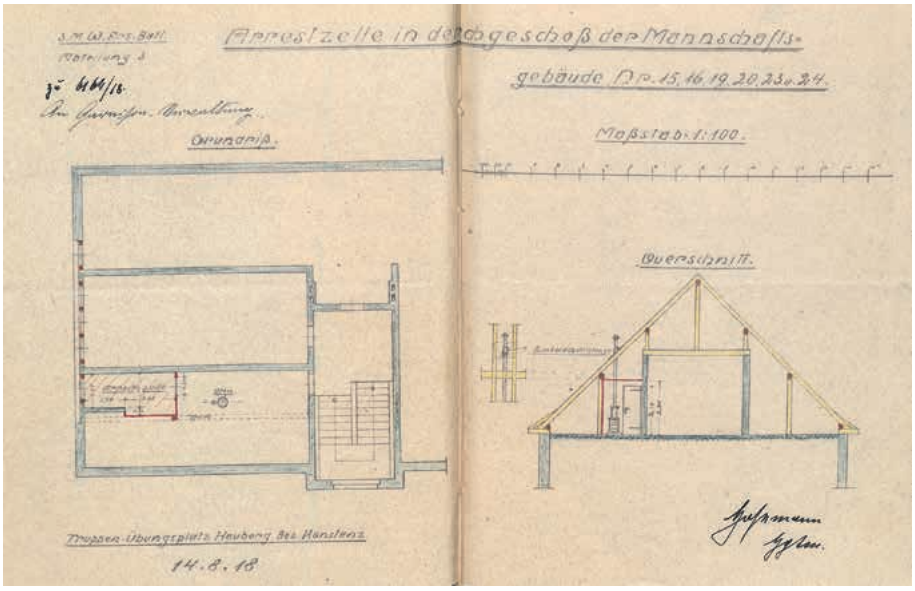
Das KZ Heuberg wurde ab März 1933 als erstes württembergisches KZ in einem Teil der Unterkunftsgebäude des Truppenübungsplatzes betrieben und bereits im November desselben Jahres wieder aufgelöst, da die entsprechenden Gebäude für die Reichswehr benötigt wurden. Zu den bis heute bekanntesten Häftlingen des Heubergs gehören der SPD-Politiker Kurt Schumacher (1895–1952) und der spätere hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer (1903–1968).

Die Gemeinde Stetten am kalten Markt betrachtete das KZ in ihrer unmittelbaren Nähe in erster Linie als Wirtschaftsfaktor, das heißt Absatzmarkt für regionale Erzeugnisse. Zur »Pflege der Beziehungen zum Schutzhaftlager« lud sie daher regelmäßig zu »einem gemütlichen Beisammensein« von Gemeindegrößen und Lagerleitung ein. Der ortsansässige Bauunternehmer Wilhelm Bertazzon konnte bereits im Frühjahr 1933 auf etwa 500 Häftlinge des KZ als Zwangsarbeiter im Straßenbau zurückgreifen, von deren Ausbeutung er persönlich profitierte. Trotz der historischen Nahbeziehung der Gemeinde zum Konzentrationslager blendet diese die Geschichte des ersten und größten Konzentrationslagers Württembergs bis heute weitestgehend aus.

Die historischen Gebäude auf dem Heuberg

Die ab 1912 in nur zwei Jahren vom Stuttgarter Bauunternehmen Baresel errichteten Gebäude konnten durch das KZ ohne bauliche Veränderungen bezogen werden, Grundrisse und Ausstattung entsprachen im Jahr 1933 noch dem Stand der Bauzeit, die Unterbringung der Häftlinge und der Wachmannschaften erfolgte getrennt voneinander in großflächigen Schlaf- und Aufenthaltsräumen. Die Einrichtung des KZ erfolgte in zwei Phasen, was die im Laufe des Frühjahrs 1933 stark ansteigenden Häftlingszahlen widerspiegelt.

Nach 1933 wurden die Unterkunftsgebäude wieder durchgängig militärisch genutzt. Für den baulichen Bestand der dem KZ zuzuordnenden Gebäude bedeutet dies den



Bauplan für Arrestzellen auf dem Truppenübungsplatz Heuberg 1918
Quelle: Generallandesarchiv Karlsruhe, 456 F 129, Nr. 54

nahezu vollständigen Verlust an historischen Grundrissen und Ausstattungsdetails in den Innenräumen, da bis in die jüngste Vergangenheit der geltende Standard der Truppenunterbringung umgesetzt worden ist. Eine seit der Bauzeit beibehaltene Nummerierung der Gebäude ermöglicht die gesicherte Zuordnung einzelner Bauten im aktuellen Bestand. Unterkunfts- und Funktionsbauten des KZ, wie die Strafbauten, die Kommandantur und das Krankenrevier – in dem am 9. September 1933 der Häftling Simon Leibowitsch von Angehörigen der Wachmannschaft ermordet wurde – lassen sich zweifelsfrei benennen. Ihre räumliche Binnenorganisation für das Jahr 1933 ist aber nur noch in Form zeitgenössischer Pläne und der Häftlingsberichte überliefert.

Die »Hundezwinger«

In den späteren Berichten der Häftlinge findet die räumliche Situation vor allem dann Erwähnung, wenn sie mit negativen Erfahrungen verbunden war. Ein Kristallisationspunkt der Erinnerung sind daher die Dachgeschosse der Strafbauten 19 und 23 als Orte von Verhör und Folter und insbesondere die dort eingebauten – »Hundezwinger« genannten – Arrestzellen. Da die Dachgeschosse aus Brandschutzgründen von der Truppenunterbringung ausgenommen sind, konnte im Laufe der letzten Monate die Lage und Konstruktion dieser Zellen rekonstruiert werden.

Arrestzellen wurden in den Dachgeschossen von Gebäude 19 und 23 bereits im Ersten Weltkrieg eingerichtet. Während die Akten von 1918 ihre Nutzbarkeit auf die Sommermonate beschränken, die Aufstellung eines Ofens konnte aus Gründen des Brandschutzes nicht gestattet werden, wurden Kälte und Sommerhitze in der KZ-Phase zu einem bewussten Mittel der Folter.

In Gebäude 19 hat sich auf der, der Dachhaut zugewandten Seite einer Stuhlständerstrebe ein seltenes Zeugnis aus der KZ-Zeit erhalten: Die Bleistiftinschrift eines Häftlings, die neben seinen Initialen auch den Zeitraum seines Arrests (25. 7. 1933 bis 29. 7. 1933) nennt. Die Lage dieser Inschrift beweist, dass 1933 zusätzlich zu den seit 1918 vorhandenen Zellen die Bereiche zwischen ihnen und der anschließenden Dachschräge

Heuberg
links: Inschrift eines Häftlings des Konzentrationslagers auf einer Stuhlständerstrebe in Gebäude 19
rechts: Arrestzelle in Gebäude 19 im aktuellen Zustand
Fotos:
Marc Ryszkowski, (LAD), 2020

durch eine einfache Verbretterung ebenfalls zu Zellen ausgebaut wurden, die durch ihre geringe Größe und ihre Lage direkt unter der Dachhaut die verschärften Arrestbedingungen des Jahres 1933 widerspiegeln. Die Inschrift belegt als materielles Zeugnis die überlieferten Aussagen zahlreicher Heuberg-Häftlinge. Sie erlaubt es zudem erstmals, einen »Hundezwinger« im historischen Bestand sicher zu verorten, denn die 1933 eingebauten Zellen wurden in den darauffolgenden Jahrzehnten nahezu restlos entfernt.

Die Spuren der Arrestzellen in Gebäude 19 stellen eine der wenigen Schnittmengen der archivalischen und materiellen Überlieferung dar. Typisch für das KZ Heuberg ist der Rückgriff auf bestehende Einrichtungen, die pragmatisch und ohne aufwendige bauliche Maßnahmen den veränderten Anforderungen angepasst wurden. Das KZ Heuberg war von Beginn an eine Einrichtung auf Zeit.

Das Fort Oberer Kuhberg

Als Teil der Bundesfestung Ulm ab der Mitte des 19. Jahrhunderts errichtet und immer weiter fortifikatorisch angepasst, diente das Fort in der Zwischenkriegszeit, während und nach dem zweiten Weltkrieg unterschiedlichsten militärischen und zivilen Zwecken. Zwischen 1933 und 1935 wurde in einem Teil der Räume ein KZ als Nachfolgelager des KZ Heuberg betrieben.

Das Fort bietet schon aufgrund seiner aktuellen Nutzung durch die KZ-Gedenkstätte Oberer Kuhberg und den Förderkreis Bundesfestung Ulm e.V. hinsichtlich der Zugänglichkeit gute Voraussetzungen für eine detaillierte Untersuchung. Allerdings handelt es sich auch in diesem Fall um ein Objekt, das im Verlauf der letzten Jahrzehnte viel von seiner historischen Vielschichtigkeit verloren hat. Obwohl es seit 1960 ein Kulturdenkmal im Sinne des Denkmalschutzgesetzes ist, gingen die Einrichtung der Gedenkstätte im Reduit ab den späten 1970er Jahren und die zuvor einsetzende Renovierung weiter Teile der Anlage als Festungsmuseum mit einem hohen Maß an Substanzverlust einher. Die Bedeutung des Ortes als frühes KZ wurde bereits 1979 als eine zentrale Denkmaleigenschaft formuliert, die materiellen Spuren dieser Zeitschicht aber prak-

Heuberg: Unterkunftsraum zur Zeit der Nutzung eines Teils der Gebäude durch den Verein für Kindererholungsfürsorge in den 1920er- und frühen 1930er-Jahren. Raumdekoration- und Ausstattung entsprechen dem Stand von 1914
Foto: Kreisarchiv Sigmaringen
KAS-VI-1-Ste-101

tisch nicht als denkmalwert, geschweige denn denkmalkonstituierend betrachtet, was im Reduit, der ehemaligen KZ-Kommandantur, zum Verlust der meisten historischen Wandoberflächen führte. Die bis heute diesen Bereich dominierende Steinsichtigkeit der Innenräume geht auf die Vorgabe des Anfand der 1980er-Jahre mit dem Raumkonzept betrauten Architekten zurück, der auf diese Weise eine Ästhetisierung vornahm, die nichts mit dem Raumeindruck der Jahre 1933 bis 1935 zu tun hat. Das Problem der fehlenden Beziehung zwischen historischem Ort und materiellem Zeugnis wird gerade an diesem Beispiel besonders deutlich.

Dekorierte Hafträume?

Die Kasemattengänge im Norden, Süden und Westen des Forts, die durch das KZ als Hafträume genutzt wurden, blieben vom Rückbau der letzten Jahrzehnte unberührt. Hier haben sich, wie auch im nördlichen Flankenturm – der KZ-Küche – Wanddekorationen in Form schablonierter vegetabiler und geometrischer Bänder und farbig gestalteter Wandzonen und Sockelbereiche erhalten. Als ein Ergebnis der quellenbasierten bauhistorischen Untersuchung unter Miteinbeziehung der überlieferten Bau-, Veränderungs- und Nutzungsgeschichte müssen diese Dekorationen im Zusammenhang mit dem Konzentrationslager entstanden sein.

Für diese Zuordnung sprechen auch das Vorkommen der Wandgestaltung in allen überlieferten Haftbereichen – und ausschließlich dort – als quantitatives Phänomen mit lokalen Variationen und der formale Zusammenhang zur frühesten Elektrifizierung in den nördlichen Dechargekasematten 1934.

In den Häftlingsberichten wird eine Gestaltung der Hafträume nicht explizit erwähnt, ein ehemaliger Häftling nennt allerdings »das Streichen« der Kasemattenwände als eine der frühen Instandsetzungsmaßnahmen zum Jahreswechsel 1933/34. Ähnlich wie schon im Fall des Heubergs finden räumliche Details auch hier nur dann Eingang in die Überlieferung, wenn sie negativ konnotiert gewesen sind. Die Summe

Ulm: Rekonstruierte Stockbetten des KZ in einer Kasematte der südlichen Flanke
Foto: Marc Ryszkowski, (LAD), 6. 2020

der Häftlingsberichte und die historisch belegbare Raumsituation sind nur teilweise kongruent zueinander und vor allem späte Erinnerungen an die eigenen Haftbedingungen beziehen mitunter Baudetails mit ein, die es zum Zeitpunkt des KZ nachweislich noch gar nicht gab. Ein Beispiel hierfür sind die ab etwa 1942 eingegossenen stufenförmigen Betonfundamente in einem Bereich des Forts, der durch das KZ als Haftraum genutzt wurde. In der Beschreibung eines Kuhberg-Häftlings aus den 1970er-Jahren benennt er im Rahmen einer Ortsbegehung diese Betonstufen ausdrücklich als Standort der Stockbetten.

Aufschlussreich für die Zuordnung der Wandgestaltung ist die Beschreibung des Häftlings Johann Schneider, nach der in den Kasemattengängen auf jeweils zwei »Schlafbunker« ein »Aufenthaltsbunker« folgte. Auf den Grundriss der drei Häftlingsbereiche übertragen, muss es sich bei diesen Aufenthaltsräumen um die jeweils mit einer Feuernische ausgestatteten Kasematten handeln. Diese Sonderräume weisen an allen vier Wänden Dekorationen auf, während die Schlafräume lediglich über eine entsprechend dekorierte durchgehende Stirnwand und Ganglaibung verfügen.

Die wahrscheinlichste Erklärung für eine gestalterische Abstufung ist die unterschiedliche Ausstattung der jeweiligen Räume zum Zeitpunkt ihrer Ausgestaltung. Während die undekorierten Wandbereiche in den Schlafräumen von den Stockbetten der Häftlinge verstellt waren, befanden sich in den theoretisch beheizbaren Aufenthaltsräumen lediglich niedrige Bänke und Tische. In der Konsequenz spiegelt die abgestufte Wandgestaltung bis heute die räumliche Organisation und Ausstattung der Hafträume wider. Darüber hinaus markieren die Unterschiede in den Gestaltungsdetails auch die Grenzen der überlieferten Haftbereiche. Da die Häftlinge auch zum Zeitpunkt der Ausgestaltung über diese Bereiche hinweg keinen Kontakt zueinander hatten, wurde die »Gestaltungsvorgabe« in jedem Haftbereich unterschiedlich umgesetzt.

In ihrer historischen Aussagekraft ist die Gestaltung quantitativ und qualitativ ein herausragendes materielles Zeugnis des KZ im Fort Oberer Kuhberg.

Das »Schutzhaftlager Ulm« im Spiegel der (bau)historischen Befunde

Im Gegensatz zu den bezugsfertigen Gebäuden des Lagers Heuberg brachten bereits die Voraussetzungen des Forts im November 1933 die Notwendigkeit mit sich, bauliche Maßnahmen im weitesten Sinne durchzuführen. Diese erschöpften sich allerdings nicht in der jeweils pragmatischsten Lösung.

Die Gestaltung der Hafträume durch die KZ-Häftlinge mag mit Blick auf die überlieferte Lebenswirklichkeit des Lagers paradox erscheinen, sie steht aber im Zusammenhang mit einer ganzen Reihe von Bau- und Veränderungsmaßnahmen in dieser Nutzungsphase des Forts, die im aktuellen Bestand nur noch rudimentär vorhanden sind:

1934 wurde ein Weg zwischen dem Fort und dem nahegelegenen Infanteriestützpunkt Gleißelstetten, der Eingangs- und Arreststufe des KZ, von Häftlingen befestigt und mit einer elektrischen Beleuchtung versehen. Etwa zeitgleich erfolgte die früheste Elektrifizierung der Kasematten. Das um 1905 angebrachte Staketentor am Zugang zum Reduit wurde mit Einrichtung der Kommandantur ausgehängt, eingelagert und erst nach Auflösung des KZ wieder angebracht. Ohne das Tor verfügte der Eingang zur Kommandantur hinter dem komplett zurückgeschlagenen Eisentor des 19. Jahrhunderts über ein hölzernes Türelement und hatte damit einen vollkommen anderen Charakter als heute. Im Inneren der Kommandantur waren die gefassten Wände großflächig mit Inschriften, Symbolen und Hoheitszeichen dekoriert, die spätestens nach dem Krieg übertüncht und mit Einrichtung der Gedenkstätte entfernt wurden.

Auch das sogenannte »Schmalzbrünnele«, ein Frischwasserbrunnen mit Abwaschplatz vor dem Küchenzugang wurde im Frühjahr 1934 von Häftlingen angelegt, dekorativ gestaltet und neben einschlägigen Symbolen mit einer okkultistischen Inschrift versehen. In den 1970er-Jahren abgebrochen, zeugen davon neben den erhaltenen Ansätzen der Umrandungsmauer und einem älteren, in die Konstruktion integrierten Ablauf nur noch die historischen Fotos.

Den Aufwand der Maßnahmen des Jahres 1934, die natürlich auch der Beschäftigung der Häftlinge dienen sollten, vor dem Hintergrund der Schließung des Lagers nur ein Jahr später als Widerspruch wahrzunehmen wäre ein Anachronismus. Grund für die Auflösung war neben den hohen Kosten der »Schutzhaft« und den rückläufigen Häftlingszahlen vor dem Kontext der machtpolitischen Konsolidierung des NS die reichsweite Umstrukturierung der Konzentrationslager und Zentralisierung ihrer Organisation. Das rasche Ende war für die Verantwortlichen auf dem Oberen Kuhberg 1934 noch nicht abzusehen. In ihrer Umsetzung unterstreichen die Maßnahmen den Anspruch eines Lagers als dauerhafte Einrichtung und Teil nationalsozialistischer Herrschaft. Auch davon zeugen bis heute die letzten Spuren des KZ auf dem Oberen Kuhberg als materielle historische Quelle.

Bauforschung als Spurensuche: Das Lager im historischen Baubestand

Im Zuge der Untersuchung der fünf Objekte wurde schnell deutlich, dass es keinen selektiven Zugriff auf den historischen Bestand aus der KZ-Zeit geben kann. Innerhalb teils sehr komplexer Denkmalstrukturen ergeben sich Rückschlüsse auf ihn nur aus der Kenntnis der vollständigen Bau- und Nutzungsgeschichte des jeweiligen Objektes. Die am Beispiel Ulm beschriebene fehlende Kongruenz zwischen dem aktuellem Bestand und den überlieferten Quellen lässt sich dadurch ein Stück weit auffangen und zum Ausgangspunkt einer quellenkritischen Betrachtung machen.

Die Übernahme und Nutzung bestehender Einrichtungen wie im Fall des Heubergs, aber auch Spuren einer teilweise auch historisch interessanten Nachnutzung nach Auflösung des jeweiligen KZ tragen zur Dynamik des eigentlichen Bestandsbegriffs bei. So finden sich in den Kasematten des Kuhbergs noch die kyrillischen Inschriften der dort von Ulmer Betrieben beschäftigten Zwangsarbeiter der Jahre 1943 bis 1945 und in einem Dachbereich des Heubergs die Inschrift eines standrechtlich verurteilten: »Morgen werde ich erschossen 1943«. Angesichts der Fragestellung des Forschungsprojektes liegen diese Zeugnisse natürlich außerhalb des historischen Rahmens, als bedeutende, bisher unbeachtete Denkmalbestandteile müssen sie dennoch dokumentiert und historisch aufgearbeitet werden.

Oberer Kuhberg Ulm: Das Reduit mit den Dekorationen zum 1. Mai 1934
Foto: Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg Ulm, DZOK A 398, Fotograf: Hans Staiger, Mai 1934

Auch diese Details verweisen auf den vielschichtigen Charakter der Objekte als historische Denkmale. Die Schwerpunktsetzung liegt dabei beim Rezipienten, denn das Fort Oberer Kuhberg ist sowohl Bestandteil der Bundesfestung Ulm, als auch frühes Konzentrationslager, Stätte von Zwangsarbeit etc. Die materiellen Spuren jeder dieser Phasen tragen in ihrer Gesamtheit zur historischen Objektbedeutung bei, die nicht zuletzt auch die Ergebnisse unseres Forschungsprojekt stärken möchte. Dies gilt natürlich nicht nur für das Beispiel Ulm, sondern für alle frühen Lager in Baden und Württemberg.

Als reichsweites Phänomen sind die frühen nationalsozialistischen Konzentrationslager heute ein wichtiger Bestandteil der bundesweiten Gedenkstättentopografie. Da dem Forschungsprojektes als landesweite Untersuchung angesichts seiner Fragestellung auf der Bundesebene eine beispielgebende Position zukommt, ist im Rahmen einer am 13. und 14. 1. 2022 in Ulm stattfindenden Tagung über die Vorstellung und Diskussion der Ergebnisse zu den Objekten in Baden-Württemberg hinaus auch der länderübergreifende Austausch vorgesehen. Neben dem bauforscherischen Schwerpunkt geht es auch um die Perspektive der Vermittlung und Gedenkstättenarbeit. Welchen Stellenwert hat das Objekt als materielle Quelle in der Vermittlungsarbeit und wo liegen die Schwierigkeiten der objektbezogenen Vermittlung im Bereich der frühen nationalsozialistischen Konzentrationslager? Anmeldungen sind ab Oktober 2021 unter www.denkmalpflege-bw.de/service/veranstaltungen/ möglich.

Marc Ryszkowski studierte Kunstgeschichte sowie Denkmalpflege/Heritage Science und arbeitet seit Anfang 2020 als wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Landesamtamt für Denkmalpflege an dem Forschungsprojekt zur Bestandssituation der frühen nationalsozialistischen Konzentrationslager in den ehemaligen Ländern Baden und Württemberg.

Dimensionen eines Verbrechens. Sowjetische Kriegsgefangene im Zweiten Weltkrieg

EINE WANDERAUSSTELLUNG
DES DEUTSCH-RUSSISCHEN MUSEUMS BERLIN-KARLSHORST
ZUM 80. JAHRESTAGS DES ÜBERFALLS AUF DIE SOWJETUNION

Babette Quinkert

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier bei seiner zentralen Gedenkrede zum 80. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion. In diesem Saal des heutigen Museums Berlin-Karlshorst wurde am 8. Mai 1945 die bedingungslose Kapitulation unterzeichnet. Foto: MBK/ Harry Schnitger

Am 18. Juni 2021 fand die Eröffnung der Ausstellung »Dimensionen eines Verbrechens. Sowjetische Kriegsgefangene im Zweiten Weltkrieg« statt. Eröffnet wurde diese mit der zentralen Gedenkrede von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier zum 80. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion. Bei der Vernissage im Deutsch-Russischen Museum Berlin-Karlshorst waren Botschafter und Botschaftsvertreter aus neun Ländern der Nachfolgestaaten der Sowjetunion anwesend.

Der Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 ging mit einer radikalen Ausweitung deutscher Massenverbrechen einher. Von insgesamt mehr als 13 Millionen Menschen, die außerhalb von Kampfhandlungen von Deutschen getötet wurden, starben weit über 90 Prozent in den vier Jahren zwischen 1941 und 1945. Zu den größten Opfergruppen zählt die der sowjetischen Kriegsgefangenen: Mehr als drei Millionen der insgesamt etwa 5,7 Millionen Gefangenen kamen in deutschem Gewahrsam um. Dennoch wird bis heute kaum an sie erinnert. Anlässlich des 80. Jahrestags des Überfalls auf die Sowjetunion thematisiert die Wanderausstellung des Museums Berlin-Karlshorst deshalb die vielfältigen Schicksalswege der sowjetischen Kriegsgefangenen. Realisiert wurde sie in Kooperation mit der KZ-Gedenkstätte Flossenbürg, der Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten und dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. gemeinsam mit dem Deutschen Historischen Institut Moskau.

Die Ausstellung möchte Besucherinnen und Besuchern einen ersten Einstieg in das Thema ermöglichen. Dafür wurden drei Ausstellungsteile konzipiert, die mit Themen, Biografien und Orten/Dimensionen unterschiedliche Zugänge anbieten.

Im thematischen Teil spannt die Ausstellung anhand von Fotografien und Zitaten sowie zentralen Dokumenten in neun Kapiteln einen Bogen bis in die Gegenwart. Bereits vor dem Überfall auf die Sowjetunion entschied die Wehrmacht, den gefangen genommenen Soldaten und Soldatinnen der Roten Armee die internationalen Schutzbestimmungen zu verwehren und bestimmte Gruppen von ihnen zu ermorden. Eine Vielzahl von Gefangenen wurde erschossen. Die meisten starben jedoch aufgrund einer völlig unzureichenden Versorgung an Hunger und Krankheiten, vor allem bis zum Frühjahr 1942. Die Deutschen sonderten unter den Gefangenen einerseits »untragbare Elemente« ab, die ermordet wurden. Andererseits suchten sie Gefangene, um sie in den Lagern, bei der Wehrmacht oder in diversen Hilfspolizei- oder Militäreinheiten einzusetzen. Darüber hinaus waren die sowjetischen Kriegsgefangenen auch dringend

Open-Air-Ausstellung im Garten des Museums Berlin-Karlshorst (MBK), Juni 2021
Foto: MBK/ Harry Schnitger

benötigte Arbeitskräfte, die in den besetzten Gebieten und im Deutschen Reich eingesetzt wurden. Die Versuche der Gefangenen zu überleben waren vielfältig. Sie reichten von der »freiwilligen« Meldung zur Kooperation mit den Deutschen bis zur Organisation von Widerstand und Sabotage. Verrat und Diebstahl kamen unter den Gefangenen ebenso vor wie gegenseitige Hilfe, Solidarität und Unterstützung. Nach ihrer Befreiung waren die in die Sowjetunion zurückkehrenden Überlebenden mit dem Misstrauen der Behörden konfrontiert. Sie standen unter dem Generalverdacht des Verrats und wurden jahrzehntelang gesellschaftlich benachteiligt. Die Erinnerung an ihr Schicksal spielte weder in der Bundesrepublik noch in der DDR oder in der Sowjetunion eine Rolle.

Ausstellungsmodule im thematischen Teil, Juni 1021
Foto: MBK/ Harry Schnitger

Auf den Ausstellungsmodulen wird anhand von Zitaten und Fotografien erzählt, die neben einer Bildunterschrift einen kurzen kommentierenden Text erhalten haben. In den Kapitel- und Exponattexten verweist ein kleines Symbol auf zentrale Befehle und Richtlinien, die in einer Mappe zusammengefasst sind. Diese Dokumentenmappe liegt auf Sitzmodulen in der Mitte der Ausstellung aus. So wird ein Angebot geschaffen, sich in Ruhe mit den teils mehrseitigen Befehlen und Richtlinien zu befassen. Den thematischen Überblick ergänzen zwölf Biografien, die einen auch gestalterisch abgesetzten eigenen Ausstellungsteil bilden. Die Gesichter dieser Frauen und Männer sind von allen Punkten des Rundgangs aus zu sehen. Sie schauen die Besucherinnen und Besucher direkt an.

Die Auswahl der Personen verdeutlicht exemplarisch die Vielfalt der Roten Armee in Bezug auf die nationale, religiöse und soziale Herkunft ihrer Soldaten und Soldatinnen. Dies erscheint umso wichtiger als in der deutschen Erinnerung bis heute ein

Im Vordergund: Europakarte mit ausgewählten Lagerstandorten und Opferzahlen, Juni 2021
Foto: MBK/ Harry Schnitger

Biografie-Module, Juni 2021
Foto: MBK/ Harry Schnitger

Bild der Angehörigen der Roten Armee dominiert, das auf »die Russen« fokussiert und mit negativen Zuschreibungen wie primitiv, ungebildet und grausam verknüpft ist. Im Sprachgebrauch schlägt sich dies nieder, wenn zum Beispiel von »Russlandfeldzug«, »russischen Soldaten« oder »russischen Kriegsgefangenen« die Rede ist. Tatsächlich entsprach die multiethnische Zusammensetzung der insgesamt etwa 34 Millionen von der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg mobilisierten Armeeangehörigen den Dutzenden von Nationalitäten, die in dem Staat lebten. Sie kamen aus christlich, jüdisch, muslimisch oder atheistisch geprägten Lebenswelten. In der Ausstellung wird die georgische, tatarische, ukrainische oder russische Herkunft der vorgestellten Personen für die Besucherinnen und Besucher nicht zuletzt dadurch erkennbar, dass ihre Namen in der jeweiligen Sprache erscheinen. Die Biografie-Texte beginnen dann jeweils mit den ins Deutsche bzw. Englische transliterierten Namen.

Die ausgewählten zwei Frauen und zehn Männer sind unterschiedlich alt, haben unterschiedliche militärische Ränge und soziale Hintergründe: Landarbeiter und Studierende kommen ebenso vor wie ein Schlosser, ein Lehrer, ein Hochschulprofessor, ein Theater- und Musikwissenschaftler sowie eine Medizinerin. Eines der Porträts zeigt zudem einen unbekannten jüdischen Gefangenen, der von einem Fotografen der Propagandakompanien aufgenommen wurde. Auf einem anderen Biografie-Modul ist nur eine Silhouette zu sehen, da die Familie kein Foto ihres Ende 1941 in Minsk gestorbenen Angehörigen besitzt, von dessen Schicksal sie erst in den letzten Jahren erfahren hat.

Multiperspektivität ist ein zentrales Anliegen der Ausstellung. Sie soll den Besucherinnen und Besuchern die Möglichkeit für eine differenzierte Auseinandersetzung

eröffnen. Deshalb unterscheiden sich auch die Schicksalswege der zwölf Personen. Mehr als die Hälfte von ihnen starb in deutschem Gewahrsam – durch Erschießungen, Hunger und Krankheiten. Andere Biografien stehen exemplarisch für KZ-Haft, Arbeitseinsatz, bewaffneten Widerstand oder Formen der Kooperation mit den Deutschen.

Den dritten Teil der Ausstellung bildet eine großformatige Europakarte, die die zahlenmäßigen und geografischen Dimensionen der Verbrechen visualisiert. Sie zeigt knapp 100 von den insgesamt mehr als 2000 Lagerstandorten, in die sowjetische Kriegsgefangene gebracht wurden, sowie die geschätzten Opferzahlen. Damit dokumentiert die Karte auch eine bisher nur unzureichend berücksichtigte Region des Massensterbens: Etwa zwei Drittel der umgekommenen sowjetischen Kriegsgefangenen starben in den besetzten Gebieten der Sowjetunion. In einer neben der Karte platzierten Medienstation können Besucherinnen und Besucher Informationen zu 25 ausgewählten Gedenkorten in neun europäischen Ländern erhalten. Auf Friedhöfen und ehemaligen Lagergeländen wurden nach dem Krieg zahlreiche Gedenksteine errichtet. Neben staatlichen Initiativen gingen – und gehen bis heute – viele Gedenkorte aber auch auf privates und zivilgesellschaftliches Engagement zurück. Über eine Karte können Besucherinnen und Besucher Orte anwählen und sich anhand einer Fotografie und einem kurzen Text informieren.

Folie in der Medienstation »Fotografien« Grafik: Christine Kitta

Ein weiteres mediales Angebot möchte eine quellenkritische Auseinandersetzung mit Fotografien anregen. Die meisten Bilder von sowjetischen Kriegsgefangenen stammen entweder von Fotografen der Propagandakompanien (PK), von Wehrmachtsoldaten, die über private Kameras verfügten, oder vom Personal der Lager (z.B. Verwaltung, Ärzte, Wachmannschaften). Insbesondere die Aufnahmen der PK-Fotografen reproduzieren vielfach eine ideologisch vorgeprägte Sicht auf die sowjetischen Gefangenen. Zugleich sind diese Bilder oftmals die letzten Lebenszeugnisse dieser Menschen. Umso wichtiger ist ein quellenkritischer Zugang zu den überlieferten Fotografien, der gezielt nach deren Entstehungs- und Nutzungskontext fragt. Besucherinnen und Besucher können sich diesem Thema in der Medienstation über Fragen annähern: Wer hat das Foto gemacht? Was wurde fotografiert? Wie wurde das Foto gemacht? Wofür wurde das Foto gemacht? Exemplarische Fotografien mit kurzen kommentierenden Texten geben hierauf erste Antworten. Wird die Frage »Was siehst Du?« angewählt, erscheint eine Grafik, die eine Gruppe von unterschiedlichen Personen beim Betrachten eines Fotos zeigt. Eine Reflexion der eigenen, individuell sehr unterschiedlich geprägten Sicht ist ebenfalls ein wichtiger Aspekt der Auseinandersetzung mit Fotografien oder anderen Bilddokumenten.

Mit der Gestaltung der Ausstellung wurde nach einem Wettbewerb das Büro FORM-ID beauftragt. Der Entwurf eines transportablen und mit einem eigenen Lichtkonzept ausgestatteten Ausstellungssystem von Stefan Schöbinger überzeugte uns durch seine mit Holz und Stoff weitgehend unbehandelte und pure Materialität. Die Formgebung der Ausstellungsmodule und Farbakzente (Grafik: Christine Kitta) unter-

stützen die kuratorische Vorgabe, die drei Ausstellungsbereiche Themen, Biografien und Orte/Dimensionen klar voneinander abzugrenzen.

Angesichts der Corona-Pandemie fiel im Verlauf des Projektes die Entscheidung, die Ausstellung zusätzlich in einer Outdoor-Version zu produzieren. Hierfür wurde der Gestaltungsentwurf geringfügig modifiziert, die Ausstellungsmodule etwas vergrößert und mit geöltem Stahl und Alu-Dibond-Platten produziert. Die Open-Air-Ausstellung wird von Juni bis Oktober 2021 im Garten des Museums Berlin-Karlshorst präsentiert, während die Indoor-Version ab Spätsommer 2021 auf Wanderschaft gehen wird.

Zur Wanderausstellung ist im Metropol Verlag ein gleichnamiger Katalog in deutsch-englischer und deutsch-russischer Version erschienen (278 S., 24,– €, Museumsausgabe 15,– €). Er enthält ein gemeinsames Geleitwort der Projektbeteiligten. Die Ausstellungsinhalte werden vollständig wiedergegeben und durch Essays und einen Anhang inklusive weiterführendem Literaturverzeichnis ergänzt.

Die Essays ermöglichen eine vertiefende Auseinandersetzung mit einzelnen Aspekten des Themas. Babette Quinkert befasst sich mit der Frage, warum die sowjetischen Kriegsgefangenen zu einer der größten Opfergruppen wurden, obwohl das NS-Regime zunächst nur einige Gruppen unter ihnen gezielt ermorden wollte. Rolf Keller zeigt, dass der Arbeitseinsatz der sowjetischen Kriegsgefangenen von Beginn an geplant war, wenn auch als »notwendiges Übel«. Daria Kozlowa befasst sich mit den Gefangenen, die aus verschiedenen Gründen – Ermordung, Arbeitseinsatz, Strafe – von der Wehrmacht an die SS übergeben und in Konzentrationslager überstellt wurden. Esther Meier und Heike Winkel widmen sich der »unbequemen Erinnerung«, die die sowjetischen Kriegsgefangenen im kollektiven Gedächtnis in Deutschland und der Sowjetunion/Russland jahrzehntelang darstellten. Artem Latyshew fächert verschiedene Phasen der Auseinandersetzung mit ihrem Schicksal in der Sowjetunion/Russland auf, die vom Vergessen über die Anerkennung bis zur Erforschung reicht.

So schlägt nicht nur die Ausstellung, sondern auch der Katalog den Bogen bis in die Gegenwart. Ziel des Projektes »Dimensionen eines Verbrechens. Sowjetische Kriegsgefangene im Zweiten Weltkrieg« ist es, einen Beitrag dazu zu leisten, dass diese Opfergruppe zukünftig die Aufmerksamkeit erhält, die angesichts der deutschen Verbrechen seit langem überfällig ist.

Hinweise zur Ausleihe der Wanderausstellung

Die Wanderausstellung »Dimensionen eines Verbrechens. Sowjetische Kriegsgefangene im Zweiten Weltkrieg« kann kostenfrei ausgeliehen werden. Es fallen lediglich Transportkosten an. Bei Fragen zum Ausleihverfahren schreiben Sie an:
kontakt@museum-karlshorst.de.
Infos zur Ausstellung finden Sie unter:
www.museum-karlshorst.de/das-museum-dauerausstellung-sonderausstellung/sonderausstellungen/dimensionen-eines-verbrechens-1

Kooperationspartner der Ausstellung sind: Deutsch-Russisches Museum Berlin-Karlshorst, Deutsches Historisches Institut Moskau, KZ-Gedenkstätte Flossenbürg, Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten, Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge.

Die Politologin und Historikerin **Dr. Babette Quinker**t ist Projektleiterin und Kuratorin der Wanderausstellung beim Deutsch-Russischen Museum Berlin-Karlshorst.

Die Orte können noch »erzählen«.

DAS FÖRDERPROGRAMM »JUGEND ERINNERT INTERNATIONAL« DER STIFTUNG ERINNERUNG VERANTWORTUNG UND ZUKUNFT

Saskia Herklotz, Helge Theil

Über achtzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Shoah steht die historisch-politische Bildung vor immensen Herausforderungen: Das Ableben der Zeitzeugen-Generation und die Bildungsherausforderungen in einer zunehmend heterogenen und global immer stärker vernetzten Gesellschaft erfordern neue Zugänge in der Darstellung und Vermittlung der Geschichte des »Dritten Reiches«. Dieser Prozess vollzieht sich vor dem Hintergrund eines wiedererstarkenden Nationalismus, verschärfter politischer und gesellschaftlicher Diskurse und einer zunehmenden Polarisierung der Gesellschaften in vielen Ländern Europas und weltweit.[1]

Mit zunehmenden zeitlichen Abstand erlangt neben der Darstellung der eigentlichen historischen Ereignisse in der Zeit des Nationalsozialismus der Prozess der juristischen und wissenschaftlichen, erinnerungspolitischen und erinnerungskulturellen Aufarbeitung neue Bedeutung. Neben der Vermittlung von Faktenwissen treten also die Ausdeutung von und die Auseinandersetzung mit Geschichte, Erinnerung und Gedenken zunehmend in den Vordergrund – insbesondere, wenn sich der Blick über Deutschland hinaus weitet. Die Gesamtdimensionen nationalsozialistischer Verfolgung und Vernichtung werden umfassend erst in internationaler Perspektive sicht- und greifbar. Die Unterschiedlichkeit der historischen Erfahrungen des Nationalsozialismus in den verschiedenen Ländern West-, Mittel- und Osteuropas wie auch der jeweiligen Entwicklungen in der Nachkriegszeit schlägt sich dabei in divergierenden, zuweilen höchst disparaten Narrativen in Geschichtspolitik und Erinnerungskultur nieder; zugleich müssen diese unterschiedlichen Rahmenbedingungen bei der Betrachtung und Bewertung von Phänomenen wie Zuschauer- und Mitläufertum, Widerstand und Kollaboration unbedingt berücksichtigt werden. Ähnliches gilt für die Schicksale unterschiedlicher Verfolgtengruppen im »Dritten Reich«, deren öffentliche Wahrnehmung und Anerkennung.[2] So gilt es heute mehr denn je, alle Verfolgtengruppen des Nationalsozialismus gleichermaßen in den Blick nehmen. Daher sind Multiperspektivität und Transnationalität Grundvoraussetzungen für ein zeitgemäßes Lehren und Lernen über den Holocaust und für die Diskussion um europäische Erinnerungskultur(en).

Eine zweite Grundvoraussetzung für eine zeitgemäße historisch-politische Bildung ist der Gegenwartsbezug: Geschichte und Erinnerung müssen fortlaufend für neue Generationen aktualisiert und mit Bedeutung im und für das Hier und Heute versehen werden. Gerade diese beständige Aktualisierung bildet die Grundlage für Sensibilisierung, Wachsamkeit, das Engagement gegen Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus und jede Art von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und damit die Ausbildung eines kritischen Geschichtsbewusstseins: Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948 war eine grundlegende Antwort auf historisches Unrecht und vor allem die beispiellosen nationalsozialistischen Verbrechen und den Zweiten Weltkrieg – die Durchsetzung der Menschenrechte bleibt jedoch eine Aufgabe über die Gegenwart hinaus. Aus diesem Entstehungskontext ergeben sich die engen Verbindungen und Überschneidungen der historisch-politischen zur Demokratie- und

Menschenrechtsbildung, die insofern immer auch einen Beitrag zur Entstehung einer freiheitlichen und offenen, aber auch wehrhaften Zivilgesellschaft leisten will und soll.

Aus diesem Grund benötigt eine zeitgemäße historisch-politische Bildung und Gedenkarbeit heute ein aktivierendes Element, sie darf insbesondere junge Menschen nicht nur als Adressatinnen und Rezipienten von Wissensvermittlung sehen, sondern muss sie vielmehr als Akteure und Gestalterinnen heutiger Erinnerungskultur begreifen und ansprechen. Dazu braucht es eine pädagogische Haltung, die Ansätze des dialogischen Lernens verinnerlicht, individualisierte selbstgesteuerte Lernprozesse ermöglicht und vor allem vielfältige Zugänge für die immer heterogener werdenden Zielgruppen in der postmigrantischen Gesellschaft schafft. Zeitgemäße Ansätze der historisch-politischen Bildung müssen unterschiedliche biografische, geografische und kulturelle Hintergründe ansprechen und für unterschiedliche Deutungen und Anschlussnarrative offen sein, neben kognitiven auch kreativ-emotionale Zugänge zum Themenkomplex der nationalsozialistischen Verfolgung und Vernichtung bieten und lebensweltliche Bezüge (nicht nur) für junge Menschen schaffen.

Nicht zuletzt stellt die Digitalisierung eine der zentralen Herausforderungen unserer Zeit dar[3]: Wissens- und Informationsvermittlung zum und die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, aber auch Erinnerung und Gedenken finden heute zunehmend über digitale Formate und Kanäle statt. Zugleich lässt sich im digitalen Raum eine Zunahme von Geschichtsrevisionismus, verschwörungstheoretischen Diskursen sowie Holocaust-Leugnung und -Verfälschung beobachten; auf die Gegenwart bezogene Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gewinnen zunehmend an Einfluss. Die Covid-19-Pandemie hat die Bedeutung von digitalen Konzepten und Formaten für die historisch-politische Bildung wie auch für die internationale Jugendarbeit nochmals deutlicher gemacht. Dabei gilt es, unter den bereits genannten Prämissen der Multiperspektivität und Transnationalität sowie der inklusiven, vielfältigen Zugänge analoges und digitales Lernen auf innovative Weise zu verknüpfen und jungen Menschen zu ermöglichen, Erinnerungskultur aktiv und digital zu gestalten.

Das Programm »Jugend erinnert international« der Stiftung Erinnerung Verantwortung und Zukunft (EVZ)

Seit ihrer Gründung vor 20 Jahren setzt sich die Stiftung Erinnerung Verantwortung und Zukunft (EVZ) für Überlebende nationalsozialistischer Verfolgung und insbesondere ehemalige NS-Zwangsarbeiter ein. Sie ermöglicht den grenzüberschreitenden und generationenübergreifenden Dialog über prägende Ereignisse der europäischen Geschichte im 20. Jahrhundert, um die Geschichte der NS-Verfolgung und -Vernichtung in ihrer ganzen Bandbreite in der deutschen und europäischen Erinnerungskultur zur verankern. So fördert die Stiftung Projekte zur Menschenrechtsbildung in Verbindung mit historischem Lernen, engagiert sich in Deutschland und Mittel- und Osteuropa gegen Antisemitismus und Antiziganismus sowie für die Anliegen von Minderheiten, und bringt die exemplarische Aufarbeitung von Gewalterfahrungen des 20. Jahrhunderts in den internationalen Erfahrungsaustausch ein. Sie beteiligt sich damit aktiv an der Ausgestaltung einer Erinnerungskultur auch für die deutsche Migrationsgesellschaft.

Das Förderprogramm Jugend erinnert international, das die Stiftung EVZ als Teil des Bundesprogramms Jugend erinnert mit Mitteln des Auswärtigen Amtes umsetzt,

Teilnehmende des Projekts von berlinHistory und Centropa bei der Besichtigung des ehemaligen KZ Sajmište in Belgrad.
Foto: Jelena Kručičanin

steht in vielerlei Hinsicht exemplarisch für diese Förder- und Handlungsansätze. Erodierendes Faktenwissen über die Geschichte des »Dritten Reiches« und der Shoah[4] sowie der in den letzten Jahren wieder erstarkende Antisemitismus belegen eindrücklich die Notwendigkeit, Gedenkstätten und Bildungseinrichtungen bei der Erinnerung an das NS-Unrecht zu unterstützen und mehr jungen Menschen die direkte, aktive Auseinandersetzung mit Geschichte zu ermöglichen.

Das Programm »Jugend erinnert international« verfolgt diese Zielsetzungen mit einem dreifachen Ansatz: Angesiedelt an der Schnittstelle von internationaler Jugendarbeit, historisch-politischer Bildung und Gedenkstättenarbeit werden zum einen (Modell-)Projekte internationaler Jugendbegegnungen gefördert, die sich in exemplarischer Weise mit den Rahmenbedingungen und Inhalten der Vermittlung von Geschichte sowie den Möglichkeiten und Grenzen transnationalen Lernens an historischen Orten der NS-Verfolgung und -Vernichtung befassen und in diesem Feld zukunftsweisende

Konzepte und Formate erproben. Die Relevanz von Geschichte und Geschichtsbewusstsein und der Bezug zur Lebenswelt junger Menschen nimmt in diesen Projekten eine zentrale Rolle ein.

Die Bildungswirkungen internationaler Jugendbegegnungen sind vielfach untersucht worden. Sie vermitteln den Teilnehmenden interkulturelle Kompetenzen, fördern Empathie, Dialogfähigkeit sowie die Fähigkeit zum Perspektivwechsel. Damit schaffen sie zum einen die wesentlichen Voraussetzungen für gelingendes transnationales Lernen, vermitteln zum anderen aber auch genau die Fähigkeiten, die für junge Menschen in der heutigen heterogenen und zunehmend global vernetzten Gesellschaft unerlässlich sind. Über die unmittelbaren individuellen Bildungswirkungen für die Persönlichkeitsentwicklung der Teilnehmenden hinaus stärken internationale Jugendbegegnungen soziale Teilhabe und gesellschaftliches Engagement und sind damit ein wichtiger Bildungsort.[5]

Internationale Begegnungen an historischen Orten nationalsozialistischer Verfolgung ermöglichen somit in spezifischer und nachhaltiger Weise historisches, interkulturelles und gegenwartsbezogenes Lernen. Zugleich stellen sie für die durchführenden Fachkräfte erhebliche Herausforderungen dar. Daher fördert das Programm »Jugend erinnert international« auch Projekte des internationalen Fachaustauschs, die auf die Stärkung pädagogisch-didaktischer Kompetenzen und Methoden zur Vermittlung von Faktenwissen über Ursachen, Entwicklungen und Dimensionen nationalsozialistischer Verbrechen ebenso wie zur Auseinandersetzung mit Abwertung, Ausgrenzung bis hin zur Entmenschlichung bestimmter Gruppen in Vergangenheit und Gegenwart abzielen. So sollen insbesondere Lehrkräfte unterstützt und qualifiziert werden, im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit und in Kooperation mit außerschulischen Partnern wie Gedenkstätten den »Lernort Austausch« in der historisch-politischen Bildung verstärkt zu nutzen. Die Diskussion unterschiedlicher Ansätze der Holocaust Education in den verschiedenen beteiligten Ländern sind ebenso Inhalt der geförderten Projekte wie die Weiterentwicklung der Angebote der beteiligten Gedenkstätten und damit die Erschließung historischer Orte insbesondere in Mittel- und Osteuropa für die historisch-politische Bildung und die internationale Jugendarbeit. So entstehen modellhaft innovative Methoden und Formate der politisch-historischen Bildung in internationalen Kontexten mit niedrigschwelligen, diskriminierungsarmen und lebensweltlichen Ansätzen. In diesem Zusammenhang werden auch Partizipation und Zugangsgerechtigkeit als zentrale Herausforderungen in einer zunehmend heterogenen Gesellschaft adressiert.

Im Kontext der Lebensweltbezüge junger Menschen spielen digitale Räume und soziale Netzwerke heute eine große Rolle. Die Gestaltung vielfältiger Zugänge für heterogene Zielgruppen muss daher in einer zeitgemäßen historisch-politischen Bildung digitale Konzepte und Formate miteinschließen. Im Rahmen des Programms entstehen Blended Learning-Konzepte für internationalen Austausch, virtuelle Angebote für konkrete Gedenkorte, (Prototypen von) Serious Games sowie Apps und Tools, die digitale Methoden mit der Authentizität von Orten und historischen Erfahrungen verbinden. Die entstehenden Anwendungen bieten niedrigschwellige und individuelle, teils spielerische sowie kreative Zugänge zum Thema NS-Geschichte und Holocaust. Auch dabei sind Partizipation und Zielgruppenorientierung die Leitlinien des Programms. So stärkt die Stiftung EVZ Lösungsansätze zu Bildungsherausforderungen

Eine Teilnehmerin des Projekts des Internationalen Bildungs- und Begegnungswerks Dortmund und der Internationalen Bildungs- und Begegnungsstätte Minsk »Johannes Rau« auf dem Gelände des Vernichtungsorts Malyj Trostenez bei Minsk. Foto: Yana Bondar

im digitalen Zeitalter und ermöglicht die Implementierung, Erprobung, Evaluation und Weiterentwicklung digitaler Formate einer Kultur der Erinnerung in einem europäischen Maßstab.

Durch das Ineinandergreifen der drei Förderlinien »Internationale Jugendbegegnungen«, »Internationaler Fachaustausch« und »Digitale Formate« entstehen ideale Voraussetzungen für die Breitenwirkung exemplarischer Modellprojekte, nachnutzbarer Konzepte und Formate sowie Meta-Tools, die idealerweise in verschiedenen Kontexten und an unterschiedlichen historischen Orten der NS-Geschichte zum Einsatz kommen können.

Die Bedeutung historischer Orte in der historisch-politischen Bildung

Auch wenn die »Authentizität« von Gedenkstätten und Museen zurecht stark diskutiert wird[6], gewinnen die historischen Orte der nationalsozialistischen Verfolgung und Vernichtung nach dem Tod der letzten Überlebenden als physische Zeugnisse des Geschehenen nochmals an Bedeutung. Der Auseinandersetzung mit dem Ort »als dritten Pädagogen« kommt eine wichtige Rolle im Bildungsprozess zu – einerseits durch die vielfach erfolgte Nach- und Umnutzung sowie Überformung, die im Rahmen der Bildungsarbeit offengelegt werden muss, aber auch im Kontext der Multiperspektivität: So beschäftigen sich die geförderten Projekte mit einer großen Vielfalt historischer Orte in Deutschland wie im Ausland, insbesondere solchen, die in der deutschen bzw. (west-)europäischen Öffentlichkeit bisher weitgehend unbekannt und oft nur ansatzweise erschlossen sind. Dazu gehören Konzentrations- und Vernichtungslager, Sammel- und Deportations-, Kriegsgefangenen- und Zwangsarbeitslager, Stätten der nationalsozialistischen »Euthanasie«-Morde, jüdische Gettos, Stätten von Massenerschießungen, etc.

Die Geschichte dieser Orte ist für das Verständnis der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik unerlässlich, ohne sie bleiben das Bild und das Verständnis von der Ausgrenzung, Entrechtung und Ermordung der europäischen Juden, Sinti und Roma, von Zwangsarbeiterinnen und Kriegsgefangenen, Partisaninnen und Widerstands-

kämpfern, aber auch der (slawischen) Zivilbevölkerung beispielsweise auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion und ihrer heutigen Nachfolgestaaten unvollständig.[7] So leistet das Programm einen wertvollen Beitrag, um insbesondere kleinere, weniger bekannte Gedenkstätten im In- und Ausland überhaupt erst für die internationale Jugendarbeit zu erschließen, zugleich ermöglicht und befördert es die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Verfolgtengruppen des Nationalsozialismus. Denn während zu den deutschen Gedenkstätten auch zahlreiche Täterorte gehören, an denen Planung und Organisation des nationalsozialistischen Massenmordes dokumentiert sind, befinden sich die Orte, an denen ebenjene Planung und Organisation umgesetzt wurde und ihre mörderischen Konsequenzen zeigte, überwiegend außerhalb Deutschlands, zumeist in Mittel- und Osteuropa und hier überwiegend in Polen, Belarus und der Ukraine. Sie lagen somit jahrzehntelang unzugänglich hinter dem Eisernen Vorhang. Diese Orte versinnbildlichen den deutschen Vernichtungskrieg im Osten, zugleich bieten sie aber die Möglichkeit, tradierte Narrative der (widerstandslosen) Vernichtung aufzubrechen und um Narrative des Widerstands und des Überlebens zu erweitern.

Die vergessenen Orte des Holocaust

So wurden – bei einer wesentlich geringeren Anzahl von Überlebenden – in den Vernichtungslagern der Aktion Reinhardt (Sobibór, Bełżec und Treblinka) zwischen Dezember 1941 und November 1943 mehr Menschen ermordet als im Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau, das geradezu sinnbildlich für den industriellen Massenmord steht. Zugleich sind die Aufstände von Treblinka (2. August 1943) und Sobibór (14. Oktober 1943) nahezu unbekannt. Kaum präsent in der öffentlichen Wahrnehmung in Deutschland sind zudem die zahlreichen Orte von Massenerschießungen etwa auf dem Gebiet der Ukraine und Belarus. Vor diesem Hintergrund stellen Mittel- und Osteuropa mit den deutschen Nachbarländern Polen und Tschechien sowie insbesondere Belarus im Förderprogramm »Jugend erinnert international« einen geografischen Schwerpunkt dar. Beispielhaft dafür steht die Vernichtungsstätte Malyj Trostenez bei Minsk in Belarus, wo von 1942 bis 1944 zwischen 40 000 und 60 000 Menschen ermordet wurden, die meisten von ihnen deutsche, österreichische und tschechische Jüdinnen und Juden, sowjetische Kriegsgefangene sowie Angehörige der belarusischen Zivilbevölkerung, die als Partisanen verdächtigt wurden. In Malyj Trostenez arbeiten Studierende aus Deutschland, Österreich und Belarus gemeinsam Verfolgten- und Täterbiografien auf und stellen über die biografischen Bezüge Verbindungen zwischen ihren jeweiligen Heimatländern und Wohnorten und der Gedenkstätte her. Die Ergebnisse dieser Arbeit werden in die neue Dauerausstellung der Geschichtswerkstatt Minsk des IBB Minsk »Johannes Rau« einfließen. Mit Podcasts und Public History Events wird an den Ausgangsorten und am Zielort der Deportationen der Ermordeten gedacht. So bringen junge Menschen den Vernichtungsort Malyj Trostenez in Deutschland und Österreich ins öffentliche Bewusstsein; zugleich leisten sie einen Beitrag für die Entwicklung zeitgemäßer, interaktiver und jugendgerechter Gedenkformen. In einem zweiten deutsch-österreichisch-belarusischen Kooperationsprojekt entsteht ein multimedialer virtueller Rundgang durch die heutige Gedenkanlage. So können sich vor allem Jugendliche die Gedenkstätte eigenständig erschließen, die damit langfristig für die Bildungsarbeit auch mit internationalen Gruppen sowie im digitalen Raum zugänglich gemacht wird.

In Deutschland ebenfalls kaum bekannt ist das Partisanen-Lager der Bielski-Brüder im Naliboki-Wald bei Novogrudok, eines der größten jüdischen Partisanen-Lager während des Zweiten Weltkriegs – über 1000 Männer, Frauen und Kinder überlebten hier den Krieg und entkamen dem Holocaust. Eine deutsch-belgisch-belarusische Kooperation von Gedenkstätten, Museen und zivilgesellschaftlichen Partnern erprobt das performative, interdisziplinäre Konzept eines »Living Memorial« (»Lebendigen Denkmals«) an zwei ganz unterschiedlichen historischen Orten: Während das Haus der Wannseekonferenz in Berlin als gut dokumentierter und erforschter, biografisch und institutionell aufgearbeiteter Täterort beschrieben werden kann, handelt es sich bei Überresten des Partisanen-Lagers im Naliboki-Wald bei Novogrudok um einen bisher kaum markierten und erschlossenen, teilweise nur schwer zugänglichen Verfolgtenort. Dennoch stehen die beiden Orte in einer direkten, geradezu komplementären, bisher aber kaum dargestellten Verbindung – war und ist doch das Narrativ des jüdischen Widerstands und Überlebens bisher weder in der deutschen noch in der sowjetischen bzw. heute belarusischen Erinnerungskultur verankert.

Vergessene Orte des Holocaust liegen freilich auch in Westeuropa: Ein Beispiel dafür ist das Camp de Royallieu in Compiègne, eines der größten Sammel- und Durchgangslager in Frankreich, das direkt dem SS-Sicherheitsdienst unterstellt war. Schätzungsweise 40 000 Menschen wurden von Royallieu zur Zwangsarbeit ins Deutsche Reich oder in die Vernichtungslager deportiert. Erst 2008 wurden am Ort des Lagers ein Denkmal eingeweiht und eine Gedenkstätte eröffnet, die nun mit zwei anderen Gedenkstätten im Themenbereich der NS-Zwangsarbeit, der KZ-Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge in Halberstadt und dem Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit in Berlin, kooperiert. In drei Workshops erarbeiten Lehrkräfte von weiterführenden Schulen und Fachkräfte der außerschulischen Jugendarbeit aus Deutschland und Frankreich gemeinsam Ansätze und Materialien für die Bildungsarbeit mit Jugendlichen im Alter von 13 bis 18 Jahren. Dabei kommen speziell auf die Zielgruppe ausgerichtete Formate und Methoden wie etwa Podcasts zum Einsatz. Das Programm leistet hier also einen Beitrag zur dauerhaften, nachhaltigen Weiterentwicklung des pädagogischen Angebots der beteiligten Gedenkstätten. Zudem werden langfristige institutionelle Kooperationen angestrebt, die in ein europäisches Netzwerk von NS-Gedenkstätten im Bereich Zwangsarbeit münden sollen.

Europäische Erinnerungskultur(en)

Grundsätzlich stehen bei der Qualifizierung von Fachkräften neben der Erweiterung des fachlichen und pädagogisch-didaktischen Wissens auch die Diskussion und Hinterfragung unterschiedlicher erinnerungskulturell tradierter Narrative im Mittelpunkt. Die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg ist in Deutschland und vielen Ländern Europas fragmentiert und weiterhin umstritten.

An die länderspezifischen, oftmals überaus komplexen historischen und soziokulturellen Zusammenhänge knüpfen gegensätzliche Erinnerungsnarrative an, die unterschiedlichen Interessen folgen und immer wieder politisch instrumentalisiert werden. Vor diesem Hintergrund fühlt sich die Stiftung EVZ einer multiperspektivischen europäischen Erinnerungskultur verpflichtet, die unterschiedlichen Perspektiven Raum bietet. Gerade in heterogener werdenden Gesellschaften liegt in der Multiperspektivität eine große Chance, die gesellschaftskritische Funktion von Erinnerungskultur zu

stärken. Damit Multiperspektivität nicht zu Geschichtsfälschungen führt, bedarf es Erinnerungskulturen, die sich auf gemeinsamen Werten gründen: Sie vergegenwärtigen historische Kontinuitäten, berücksichtigen kritisch alle verfügbaren historischen Quellen und setzen sich argumentativ und an der Wahrheit ausgerichtet mit verschiedenen Erinnerungsnarrativen auseinander.

Dem geht das Projekt »Cultures of Remembrance« nach, das sich ganz dezidiert mit den unterschiedlichen, oft gegensätzlichen und vielfach zeitgenössisch instrumentalisierten Narrativen zum Zweiten Weltkrieg und der Shoah in Deutschland, Belarus, Russland und der Ukraine auseinandersetzt und junge Aktivistinnen und Bildner zum Umgang mit diesen Themen bei internationalen Jugendbegegnungen schult. Hierbei wird letztendlich auch die Verfasstheit europäischer Erinnerungskultur(en) verhandelt. Indem es geschützte Diskussionsräume auch für potenziell konfliktträchtige Themen öffnet, leistet das Programm zugleich einen Beitrag zur Völkerverständigung und ermöglicht es, auch in Zeiten politischer Spannungen im Dialog zu bleiben.

Inklusive Bildungsansätze mit Gegenwarts- und Lebensweltbezug

Erstaunlich viele Jugendaustauschprojekte im Programm »Jugend erinnert international« befassen sich mit der Frage nach der Zukunft des Gedenkens, nehmen neue Medien und Rituale, Zweitzeugenschaft und Folgegenerationen in den Blick: Das beweist, dass diese Frage junge Menschen bewegt und dass sie sich mit Vergangenheit auseinandersetzen wollen, aber auch, dass sie sich unter Umständen in den etablierten Ritualen und Praktiken der zeitgenössischen Gedenkkultur nicht uneingeschränkt wiederfinden. Auch daran zeigt sich, dass das Erinnern heute im tiefgreifenden Wandel begriffen ist. Mit dem Ableben der Zeitzeugen-Generation, mit dem Übergang vom kollektiven zum kulturellen Gedächtnis müssen neue Tradierungsformen gefunden werden, muss sich auch die Praxis des Gedenkens und der Rituale verändern. Zugleich eröffnen sich in einer zunehmend heterogenen Gesellschaft neue Perspektiven auf Vergangenheit und Aufarbeitung und wird das Erinnern vielstimmiger.

Angesichts dieser Entwicklungen muss die historisch-politische Bildung heute zielgruppenorientierte und zielgruppenspezifische Zugänge schaffen, um insbesondere junge Menschen unabhängig von ihrem jeweiligen familiären, kulturellen, sozioökonomischen oder Bildungshintergrund zu erreichen. Die Angebote von Museen, Gedenkstätten, Bildungseinrichtungen und Trägern der internationalen Jugendarbeit müssen also anschlussfähig für die Lebens- und Erfahrungswelten junger Menschen heute sein. Hier ist der Anspruch an die pädagogischen Fachkräfte, den jungen Menschen respektvoll und auf Augenhöhe zu begegnen und sie gleichberechtigt und partnerschaftlich in der Gestaltung individueller Lernprozesse Verantwortung übernehmen zu lassen.

Bewährt haben sich dabei partizipativ gestaltete, aktivierende Konzepte und Peer-Group-Lernsettings. Ein solches Beispiel bietet das Projekt »Pieces of Memory – Children in the Shoah and Us« des Gedenkstättenverbunds Gäu-Neckar-Alb mit dem Ghetto Fighters' House, nördlich von Haifa gelegen. Beide Einrichtungen arbeiten mit Jugendguides, die mit einer entsprechenden Qualifizierung und Begleitung Führungen und Bildungsangebote insbesondere für Gleichaltrige durchführen. Auch das Begegnungsprojekt folgt Peer-to-Peer-Ansätzen, indem sich Jugendguides aus Deutschland und Israel über ihre Arbeit austauschen und gegenseitig weiterbilden. Der Ansatz der

Die serbische Gruppe des Projektes von berlinHistory und Centropa entwickelt für einen Rundgang zu den Orten nationalsozialistischer Verfolgung und Vernichtung in Belgrad die entstehende App. Foto: Jelena Kručičanin

Jugendguides verbindet also historisch-politische Bildung vor Ort mit Engagement für das Gemeinwesen und partizipativer Mitgestaltung von Erinnerungskultur und könnte als solcher beispielhaft für andere Museen und Gedenkstätten sein.

Ausgeprägte Gegenwartsbezüge zeichnen das Projekt »Past2Present4Future«, eine multilaterale Kooperation zwischen Deutschland, Bosnien-Herzegowina, Serbien und Kroatien aus. Forschendes Lernen zur und die Auseinandersetzung mit der Geschichte des Zweiten Weltkriegs sind in diesem Projekt aufs Engste verknüpft mit der Frage nach der heutigen Relevanz, Interpretation und Instrumentalisierung von Geschichte und Erinnerung. Das Projekt nimmt also bewusst auf aktuelle (geschichts-)politische Konflikte und Kontroversen in und zwischen den beteiligten Ländern Bezug. Im Rahmen des Projekts setzen die jungen Menschen sich mit der (ausgebliebenen oder einseitigen) Aufarbeitung und Leerstellen in der Erinnerungskultur, aber auch Phänomenen wie Revisionismus und Geschichtsverfälschung auseinander.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Debatten um Bildungsgerechtigkeit in Deutschland müssen sich auch Pädagoginnen und Lehrkräfte mit gesellschaftlicher Heterogenität und adäquaten Zugängen auseinandersetzen. Eine deutsch-israelische Kooperation zwischen der Gedenkstätte Dachau und dem Center for Humanistic Education des Ghetto Fighters' House befasst sich mit genau dieser Frage im Kontext von Geschichtsunterricht und Gedenkstättenbesuchen. Die beteiligten Lehrkräfte können ihre eigenen Erfahrungen und Fragestellungen, etwa zum Umgang mit Hate Speech, Rassismus und Antisemitismus an Schulen, direkt einbringen und diskutieren. Besonderer Wert wurde in der Projektkonzeption auf eine diverse Teilnehmendengruppe gelegt, die die Heterogenität heutiger Schülerschaften so weit als möglich widerspiegelt. Die entstehenden Methoden, Handreichungen und Leitlinien sind für internationale Gedenkstättenfahrten und Begegnungen genauso nutzbar wie im Kontext mononationaler Gedenkstättenfahrten und des Geschichts- und Politikunterrichts.

Digitale Erinnerungskultur – Digitale Jugendarbeit

Digitaler Wandel heißt gesellschaftlicher Wandel und stellt neue Ansprüche an die historisch-politische Bildung. Erinnern und Gedenken werden künftig noch stärker durch digitale Formate geprägt sein. Auch mediale Gewohnheiten in Lernzusammenhängen verändern sich. Zielgruppenorientierte, niedrigschwellige Bildungsangebote mit lebensweltlichen Bezügen insbesondere für junge Menschen müssen den digitalen Raum und soziale Netzwerke einbeziehen. Angesichts der Tatsache, dass Verschwörungstheorien, Holocaust-Leugnung und -Verfälschung zunehmend im Internet stattfinden, muss historisch-politische Bildung heutzutage immer auch Medienbildung sein.

Eine gelingende Digitalisierung der historisch-politischen Bildung stößt dabei auf unterschiedlichen Ebenen auf Herausforderungen[8]: So müssen Gedenkstätten, Museen und Bildungseinrichtungen über entsprechende virtuelle Tools, Anwendungen, Instrumente und selbstverständlich die dafür notwendige Technik und Hardware verfügen. Entwicklungsaufwand und Folgekosten derartiger Anwendungen sind aufgrund fortlaufender technischer Weiterentwicklung beachtlich. Auch die interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen Akteuren aus dem Bildungs- und dem Civic-Tech-Bereich ist vielerorts noch ausbaufähig.

Die Verfügbarkeit digitaler Instrumente allein sichert aber noch keine zeitgemäße historisch-politische Bildung, vielmehr müssen die Fachkräfte der schulischen und außerschulischen Bildung, der Museums- und Gedenkstättenarbeit für deren Anwendung entsprechend qualifiziert sein. Und nicht zuletzt müssen einzelne digitale Tools und Anwendungen zu sinnvollen pädagogischen Konzepten zusammengeführt werden, wenn sie etwa im Rahmen eines Gedenkstättenbesuches oder einer internationalen Begegnung zum Einsatz kommen sollen. Hierzu braucht es die Entwicklung und Erprobung im Rahmen vom Modellprojekten.

Auch im Kontext der Digitalisierung setzt das Förderprogramm »Jugend erinnert international« auf allen genannten Ebenen an. Im Verbund der drei Förderlinien werden alle drei Bereiche der Entwicklung, Qualifizierung und Erprobung gleichermaßen abgedeckt und können insbesondere durch die enge Begleitung und den fortlaufenden Austausch der geförderten Projekte umfassende Synergien entwickeln. Gerade mit Blick auf die langfristige Etablierung digitaler Angebote für die Bildungs- und Gedenkarbeit gilt es, einerseits Diskussionsräume zu schaffen für den Erfahrungsaustausch, anderer-

seits Meta-Tools zu entwickeln und zu erproben, die an unterschiedlichen historischen Orten und in unterschiedlichen Kontexten zum Einsatz kommen können. Das wird in der Förderlinie »Digitale Formate« umgesetzt, wo mehrere derartige Meta-Tools entstehen: So wird die bereits bekannte und gut genutzte berlinHistory-App um eine Meta-Anwendung zur kollaborativen Entwicklung virtueller Rundgänge erweitert. Damit können Nutzerinnen der App an historischen Orten eigene Touren und Rundgänge erstellen, die anschließend anderen Nutzern zur Verfügung stehen. Als Erweiterung der bereits bestehenden und ausgezeichneten Ester-Bildungsplattform wiederum wird ein Tool zur Erstellung von Graphic Novels entwickelt. Dieses kann in der Bildungsarbeit mit Jugendlichen zum Einsatz kommen und erlaubt insbesondere die explorative (familien-)biographische und lokalhistorische Arbeit zur NS-Geschichte – und das prinzipiell an jedem beliebigen Ort in Europa. Das Format der Graphic Novel bietet zudem einen besonders niedrigschwelligen, da sprachreduzierten und emotional-kreativen Zugang zu historischem Wissen.

Einen weiteren interessanten Zugang wählt die Akademie Klausenhof, die modellhaft das Konzept einer rein digitalen Jugendbegegnung erprobt, die sich intensiv mit Gaming und Gaming Communities auseinandersetzt. Angesichts der Tatsache, dass über die Hälfte der Nutzerenden von Videogames Erwachsene sind[9], bietet dieses Projekt insbesondere spannende Transfermöglichkeiten zur Erwachsenenbildung.

Alle diese Beispiele zeigen deutlich, dass digitale Angebote im Kontext der historisch-politischen Bildung wie auch im Kontext der internationalen Jugendarbeit nicht als »Notlösung« für Pandemien und andere Katastrophenfälle, auch nicht als »kleineres Übel« oder »minderer Ersatz« für traditionelle Angebote gesehen werden dürfen.[10] Vielmehr gilt es, die bestehenden Ansätze und Formate von Gedenkstätten und Museen auf sinnvolle Weise zu ergänzen und zu erweitern und auch darüber neue Zielgruppen zu erreichen.

Auch wenn der (fehlende) Zugang zu digitaler Infrastruktur potenziell neue Zugangshürden schaffen kann, sind Angebote im digitalen Raum zunächst dazu prädestiniert, bestehende Zugangshürden – etwa finanzielle oder geografische – zu senken. Im Kontext der internationalen Jugendarbeit bietet das Digitale somit eine Möglichkeit, bisher im Austausch unterrepräsentierte Zielgruppen zu erreichen.[11] Auch bietet das Digitale womöglich Antworten auf eine der drängendsten Fragen unserer Zeit, nämlich die Herausforderung, vor dem Hintergrund des Klimawandels Konzepte für nachhaltiges, klimabewusstes Reisen und Begegnen zu entwickeln. Und schlussendlich ist das Phänomen geschlossener Grenzen keineswegs nur an eine weltweite Pandemie-Lage gebunden, die im Jahr 2020 nahezu die gesamte internationale Jugendarbeit zum Erliegen gebracht hat. In Zeiten innen- und außenpolitischer Konflikte, wie sie zuletzt etwa in der Ukraine, in Belarus, aber auch in Israel zu beobachten waren, gilt es umso mehr, zivilgesellschaftliche und persönliche Kontakte zu ermöglichen und aufrechtzuerhalten. Hier können digitale Kontakte helfen, zeitliche und räumliche Brücken zu bauen.

Große Herausforderungen, aber auch große Chancen liegen aktuell im Feld der hybriden oder Blended-Formate. Das gilt noch einmal in besonderer Weise für die Gedenkstättenarbeit, in deren pädagogischen Konzepten konkrete historische Orte eine herausragende Rolle spielen. Die sinnvolle, kreative Verbindung von »online« und »offline«, von »digital« und »stationär«, »virtuell« und »real« birgt enormes Poten-

zial für die an pädagogischen Zielsetzungen orientierte Weiterentwicklung erprobter und bewährter Konzepte auch in der internationalen Jugendarbeit: So können etwa Jugendbegegnungen partizipativer gestaltet werden, wenn die Teilnehmenden in den verschiedenen Ländern kontinuierlich in die Planung und Organisation einbezogen sind und auch den Themenzuschnitt mitbestimmen können. Gedenkstätten können Projekttage oder Seminare mit (internationalen) Jugendgruppen länger und intensiver vor- und nachbereiten oder im Rahmen des Geschichtsunterrichts an Schulen enger mit Lehrkräften kooperieren. Durch die zeitgleiche oder zeitlich getaktete Verbindung von Online-Aktivitäten mit Vor-Ort-Treffen lokaler, nationaler oder regionaler Gruppen können die Aspekte der persönlichen Begegnung, die einen unersetzbaren Bestandteil der Lernprozesse im internationalen Austausch darstellen, trotzdem erfahrbar und wirksam werden. Voraussetzung dafür ist einerseits die bedarfsorientierte Begleitung der Projekte durch die Förderinstitutionen, um den geförderten Trägern ergebnisoffene Experimentierräume zu öffnen, damit diese auch aus Fehlern oder Misserfolgen lernen und Erfahrungswissen aufbauen können. Zweitens braucht es eine ausreichende Personalausstattung, denn den finanziellen Einsparungen durch den Wegfall von Reise- oder Unterkunftskosten bei digitalen Begegnungen oder Seminaren stehen erheblich höhere Personalkosten gegenüber.

Die Coronakrise hat nicht zuletzt deutlich gemacht, welche Bedeutung Schule und außerschulische Jugendarbeit über die Wissens- und Kompetenzvermittlung hinaus als sozialer Räume haben. Eine wesentliche Herausforderung bei der Entwicklung digitaler und hybrider Bildungsangebote ist es somit, Konzepte für die Beziehungsarbeit im virtuellen Raum zu entwickeln. Internationale Austauschprojekte, die zu einem erheblichen Teil auf informellen und nonformalen Bildungsprozessen aufbauen, können hierfür exemplarisch sein.

Fazit: Eine zeitgemäße historisch-politische Bildung und eine gelebte europäische Erinnerungskultur brauchen internationalen Austausch

Eine zeitgemäße historisch-politische Bildung muss auf vielfältige Herausforderungen Antworten finden. Deutschland bleibt in der Verantwortung, die Erinnerung an die mannigfaltigen Verbrechen in der Zeit des Nationalsozialismus wachzuhalten und deren Aufarbeitung fortzuführen.[12] Insbesondere mit Blick auf die Vermittlung braucht es dabei interdisziplinäre und internationale Kooperationen – zwischen Museen und Gedenkstätten, Bildungseinrichtungen und wissenschaftlichen Institutionen. Zugleich gilt es, die geschichtsbewusste Gestaltungsbereitschaft junger Menschen zu fördern, damit diese zu aktiven Trägerinnen und Träger einer europäischen Erinnerungskultur werden können. Dazu kann das Programm »Jugend erinnert international« einen nicht zu unterschätzenden Beitrag leisten – insbesondere wenn es gelingt, für die durchgeführten Modellprojekte Multiplikation und Verstetigung im Feld zu erreichen.

Saskia Herklotz ist Zeithistorikerin, Kulturmanagerin und Übersetzerin mit langjähriger Erfahrung in der internationalen Bildungs- und Vermittlungsarbeit. Sie koordiniert das Förderprogramm Jugend erinnert international der Stiftung EVZ.
Helge Theil ist Public Historian und Kulturanthropologe mit einem besonderen Fokus auf digitaler Erinnerungskultur. Er koordiniert das Förderprogramm Jugend erinnert international der Stiftung EVZ.

1 Als jüngste Beispiele seien hier nur die Kontroverse um den Brexit oder die USA unter Trump genannt; auch die deutschen Debatten um die AfD gehören in diese Kategorie.
2 Dies gilt etwa für humanitäre Zahlungen an ehemalige Zwangsarbeiter seit 2001 sowie die symbolische Entschädigung sowjetischer Kriegsgefangener seit 2015; vgl. Tanja Penter: Späte Entschädigung für die Opfer einer kalkulierten Vernichtungsstrategie, https://zeitgeschichte-online.de/themen/spaete-entschaedigung-fuer-die-opfer-einer-kalkulierten-vernichtungsstrategie (18. 6. 2021).
3 Vgl. bspw. www.zukunftsinstitut.de/dossier/megatrends (18. 6. 2021).
4 Hinweise darauf geben u.a. die seit 2017 durchgeführten MEMO-Studien, siehe https: www.stiftung-evz.de/handlungsfelder/auseinandersetzung-mit-der-geschichte/memo-studie (30. 6. 2021).
5 Siehe stellvertretend für das Programm ERASMUS+Jugend in Aktion: »Wie wirkt Erasmus+Jugend in Aktion«, www.jugendfuereuropa.de/ueber-jfe/publikationen/wie-wirkt-erasmus-jugend-in-aktion.3964 (30. 6. 2021); »Sektorspezifischer Evaluationsbericht für JUGEND IN AKTION im Erasmus+Programm«, www.jugendfuereuropa.de/ueber-jfe/publikationen/sektorspezifischer-evaluationsbericht-fuer-jugend-in-aktion-im-erasmus-programm.3904 (angerufen am 30. 6. 2021), vgl. zuletzt ausführlich: IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V./Forschung und Praxis im Dialog – Internationale Jugendarbeit (Hg.): Internationaler Jugendaustausch wirkt. Forschungsergebnisse und Analysen im Überblick, Bonn 2021.
6 Zum Begriff der »Authentizität« im Kontext Gedenkstätten an historischen Orten und damit verbundenen Zuschreibungen siehe beispielsweise Andrea Genest: Authentizität als Kapital historischer Orte, ein Tagungsbericht, in: GedenkstättenRundbrief 186, S. 34–41. www.gedenkstaettenforum.de/uploads/media/GedRund18634-41.pdf (7. 6. 2021).
7 Vgl. hierzu eindrücklich die Rede des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier zum 80. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941. www.bundespraesident.de/SharedDocs/Downloads/DE/Reden/2021/06/210618-D-Russ-Museum.pdf?__blob=publicationFile (30. 6. 2021).
8 Zum aktuellen Stand und den bestehenden Bedarfen vgl. Sven Hilbrandt: Wahrnehmbarkeit, Fortbildung, Vernetzung. Die Ergebnisse der Digitalisierungsumfrage des Gedenkstättenreferats der Topographie des Terrors, in: GedenkstättenRundbrief 199, S. 22-31. www.gedenkstaettenforum.de/nc/gedenkstaettenrundbrief/rundbrief/news/wahrnehmbarkeit_fortbildung_vernetzung (30. 6. 2021).
9 In Deutschland waren 2021 rund 13 Millionen (38%) Nutzer von PC- und Videospielen jünger als 29 Jahre, rund 21,3 Millionen (62%) waren 30 Jahre und älter. Der Altersdurchschnitt von Computerspielern ist seit 2013 kontinuierlich gestiegen. Vgl. Jahresreport der deutschen Games-Branche 2020, S. 9-10. www.game.de/wp-content/uploads/2020/08/game-Jahresreport-2020.pdf (23. 6. 2021). Allerdings ist der Anteil der Computerspieler in jüngeren Altersgruppen prozentual höher, so spielen in der Altersgruppe der 16- bis 29-Jährigen 75% Video- oder Computerspiele. Vgl. https://de.statista.com/statistik/daten/studie/315924/umfrage/anteil-der-computerspieler-in-deutschland-nach-alter (23. 6. 2021).
10 Vgl. dazu beispielsweise Politische Bildung in »Corona-Zeiten« und danach – Probleme und Perspektiven. Stellungnahme des Arbeitskreises Außerschulische politische Jugendbildung und politische Erwachsenenbildung (AJEB) der Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung (GPJE), https://transfer-politische-bildung.de/fileadmin/user_upload/Empfehlungen/GPJE_AJEB_Stellungnahme_Corona_-1-1.pdf, S. 2 (7. 6. 2021).
11 Zu unterrepräsentierten, wenig erreichten Zielgruppen der internationalen Jugendarbeit siehe ausführlich »Warum nicht? Studie zum internationalen Jugendaustausch: Zugänge und Barrieren«, www.zugangsstudie.de (7. 6. 2021).
12 Einen guten Überblick über die internationale Holocaust-Forschung, bestehende Forschungs- bzw. Rezeptionslücken und »blinde Flecken« der Erinnerung gibt das Online-Gespräch »NS-Verbrechen in Osteuropa. Wo stehen Forschung und Erinnerung heute?« der Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen am 22. Juni 2021. Ein Mitschnitt der Veranstaltung ist unter www.youtube.com/watch?v=ceQGtfHPNkY abrufbar (30. 6. 2021).